

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Strache, Rosenkranz, Vilimsky

und weiterer Abgeordneter

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Inneres

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (39 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007 – BFG 2007) samt Anlagen (70 d.B.); Kapitel 11 Inneres

Bundesminister Platter durften die Österreicher in der letzten Gesetzgebungsperiode schon in einem anderen Ministerium bewundern. Als Bundesminister für Landesverteidigung zeichnet Platter für eine der einschneidendsten Reform in der Geschichte des Österreichischen Bundesheeres verantwortlich, welche von unzureichender finanzieller Bedeckung, Verzögerungen und Verunsicherungen für die Bediensteten gekennzeichnet ist. Wie ein Heuschreckenschwarm ganze Landstriche verwüsten kann und nur mehr Chaos hinterläßt, so kam auch Platter über das Bundesministerium für Landesverteidigung, frei nach seiner Vorliebe für private Ausflüge mit der Saab 105-OE, geflogen. Geblieben ist nichts als zusätzliche ungelöste Probleme und verbrannte Erde. Und ob das nicht schon gereicht hätte, wurde Platter das nächste Sicherheitsministerium zur Demontage überantwortet.

„...Innenminister Günther Platter: ‚Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt. Unsere Aufgabe und unser Auftrag ist es, dass dies auch weiterhin so bleibt.‘...“ Diese Aussage, entnommen einer Pressemeldung vom 29. März 2007, OTS 0144, ist beispielgebend für die sicherheitspolitische Realitätsverweigerung von Bundesminister Platter.

Österreich hat ein nicht mehr zu verleugnendes Sicherheitsproblem. Die Kriminalität steigt, die Anzahl der Exekutivbeamten sinkt. Eine wichtige Aufgabe jedes Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Aber was tut man, wenn die Politik sich anders entschieden hat? Wenn Einsparungen wichtiger, das Auftreten im Ausland maßgeblicher und gewaltige Ausgaben im Rahmen der Europäischen Union fundamental von größerer Bedeutung sind? Die Wirkungen sind, so wie man das im Rahmen eines Budgets gerne zum Ausdruck bringt, nachhaltig.

Alleine die Kriminalstatistik der letzten Monate ist leider in negativem Sinne beeindruckend. Im Jänner 2007 konnten 51.895 angezeigte Fälle, das sind um 10,8 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2006, registriert werden. Im März 2007 sieht alles gleich ganz anders aus. Nur mehr 7,8 Prozent Steigerung im Vergleich zu 2006. Dafür ist die Aufklärungsquote um 2 Prozent gesunken.

Das Bundesministerium für Inneres sieht dies in einer OTS-Meldung aus einem anderen Blickwinkel:

„Gegenüber den Vergleichsmonaten Jänner 2006 zu Jänner 2007 konnte damit der Anstieg der angezeigten Delikte auf nunmehr 7,8 % reduziert, also eine Verbesserung um nahezu 3 % gegenüber den Vormonaten erzielt werden.“

Ähnlich verhält es sich mit der Aufklärungsquote. Der Rückgang der Aufklärungsquote aus dem Jänner-Vergleich (4,28%) konnte um 2,28 % verbessert werden.“ (OTS0113, 10. April 2007)

Betrachtet man die Kriminalstatistik der letzten zehn Jahre so erkennt man gleich einen enormen Kriminalitätsanstieg. Für das Jahr 1998, das Jahr seit dem Österreich das Schengener Abkommen anwendet, kann man der Kriminalstatistik 479.859 angezeigte Fälle entnehmen. Im Jahre 2000 waren es ca. 520.000, im Jahre 2002 über 590.000, im Jahre 2004 mehr als 643.000 und 2006 wieder fast 590.000 angezeigte Fälle. Die Anzahl der fremden Tatverdächtigen im Verhältnis zur Gesamtsumme der Tatverdächtigen wächst nach wie vor stetig. Organisierte Kriminalität aus dem Osten treibt ungeniert ihr Unwesen in Österreich.

Und nun wurden von Jänner bis März 2007, seit Übernahme des Innenministeriums durch den neuen Minister, Herrn Bundesminister Platter, in Österreich 153.685 Straftaten angezeigt. Dies bedeutet über 1.700 Straftaten am Tag, über 70 in der Stunde, jede Minute mindestens eine Straftat!

Dazu Bundesminister Platter in einer Presseaussendung zur Kriminalitätsstatistik:
"Die vorliegenden Zahlen lassen erkennen, dass die von der Exekutive eingeleiteten Maßnahmen Wirkung zeigen.“ (APA 0282, 10. April 2007)

Aber nicht die Exekutive trägt hier die Schuld. Seit Bestellung des Bundesministers für Inneres durch die ÖVP, wurden die Planstellen im Ressort von 33.159 im Jahr 2000 immer wieder gekürzt. Zuletzt durch Bundesminister Platter so ersichtlich im Stellenplan 2008 auf 31.286 gekürzt. Dies sind aber nur die Rahmenwerte, denn gleichzeitig mit der Kürzung gab es eine Erhöhung des Personals für den Bereich des Asyl- und Fremdenwesens, natürlich wieder zu Lasten der Exekutivbeamten. Die Beamten für den exekutiven Außendienst werden immer weniger – der Stellenplan für das Jahr 2008 weist um 394 Planstellen weniger für Exekutivbeamte in der Verwendungsgruppe E2b auf, als der Stellenplan des Jahres 2007-, ihre Tätigkeit wird durch zusätzliche Verwaltungsaufgaben belastet.

Die Erklärung von Bundesminister Platter dazu:

"Besonders wichtig war und ist mir, dass wir im Innenressort die Zahl unserer Bediensteten beibehalten können. Es wird keine Polizistin und keinen Polizisten weniger auf den Straßen Österreichs geben.“ (OTS0144, 29.Mär 2007)

Als Beispiel zur heutigen Situation sei die Tageszeitung "Heute" Nr. 658/07 vom 20. April 2007 erwähnt: „Innerhalb von 50 Jahren wurden in Wien 28 Prozent der Polizisten eingespart, während sich die Zahl der Straftaten im gleichen Zeitraum verdoppelt hat. ... Raub, Einbruch, Diebstahl, Betrug - in Wien erlebt das Verbrechen einen nie dagewesenen Höhenflug. Allein im Vorjahr verzeichnete man 218.615 Anzeigen. 50 Jahre zuvor waren es 108.000 bei einem Personalstand von 8300 Beamten. Heute kann die Exekutive in der Bundeshauptstadt nur noch auf 6000 Mitarbeiter zurückgreifen. ...“

Das vorliegende Doppelbudget für die Jahre 2007 und 2008 ist gekennzeichnet von fortgeschriebener Einfallslosigkeit. Speziell spiegelt sich dies in den minimalen Erhöhungen in den Bereichen Asyl- und Fremdenwesen, der Ausweisung eines neuen Ansatzes „Kommunikations- und Informationstechnologie“ und einer Reduzierung der Ausgaben im Bereich Sicherheitsaufgaben wieder.

Der Bundesminister beurteilt dies wie folgt:

"Das Ergebnis der Budgetverhandlungen ist ein klares und deutliches Bekenntnis für den Stellenwert der Sicherheit in unserem Land."(OTS0144, 29.Mär 2007)

Dank der „ausgezeichneten“ Budgetverhandlungen von Bundesminister Platter bleibt dabei die Sicherheit auf der Strecke. Da der Bundesminister als ehemaliger Gendarm vom Fach ist, kann man dieses Verhalten nur als grob fahrlässig bezeichnen.

Im Asyl- und Fremdenwesen wird der gewohnte Kurs der Vorgänger durch Bundesminister Platter bedingungslos fortgesetzt, den realen Erfordernissen nicht im Geringsten Rechnung getragen. Nach wie vor gilt Österreich als begehrliches Ziel für Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge.

Von Bundesminister Platter waren keine wie auch immer gearteten Bemühungen zu erkennen, die, von Gutmenschen, wie zum Beispiel seinem Vorgänger im Innenressort Strasser, verursachte Misere zu beenden. Er allein trägt die Verantwortung dafür dass die immense Belastung der Steuerzahler weiter steigt. Die Kosten explodieren, in den Jahren 2007 und 2008 wird ungefähr eine halbe Milliarde Euro im Asyl- und Fremdenwesen ausgegeben. Die Verschleppung der Verfahren ist praktisch gang und gebe, anstatt schnelle Asylverfahren zu gewährleisten. Private Vereine und NGOs werden gefördert, obwohl sie es sich zur Aufgabe gemacht haben, Asylverfahren möglichst lange hinauszuzögern. Eine Tatsache, die in Hinblick auf das von VfGH Präsidenten Korinek unlängst (ohne Rechtsgrundlage) formulierte „Bleiberecht“ besonders problematisch erscheint. Zur Zeit gibt es an die 40.000 offene Asylverfahren, davon dauern über 14.000 Verfahren schon länger als drei Jahre. In einzelnen Fällen kommt es zu Verfahrensverzögerungen von über 20 (!) Jahren.

Der österreichische Bürger hat schon lange kein Verständnis mehr dafür, dass in Wahrheit verdeckte Zuwanderungsverfahren anstatt strenge Asylverfahren durchgeführt werden.

Der Rechnungshof hat in seinem Bericht zur Flüchtlingsbetreuung Mängel im Personalmanagement, unzureichende Supportstrukturen, fehlende Kontrollmechanismen und veraltete IT-Lösungen festgestellt. Die vermeidbaren Mehrkosten werden sich laut Rechnungshof bis zum prognostizierten Abbau der Rückstände auf rund 325 Millionen Euro belaufen. Diese Mängel waren aber für Bundesminister Platter kein Grund einzugreifen, passiert ist nichts.

Dieses Verantwortungs- und Handlungsbewusstsein gegenüber dem Bürger kommt sehr gut in einer Pressemitteilung des Bundesministers Platter zum Ausdruck:

„Innenminister Platter sieht keinen Änderungsbedarf bei Fremdenrecht: ‚Nach meiner Beurteilung haben wir derzeit ein gutes Gesetz‘...“ (OTS044, 1. April 2007)

Die Auswirkungen der verfehlten Sicherheitspolitik des Bundesministers Platter konnten am Mittwoch, den 25. April 2007, klar festgestellt werden.

Genau vor der FPÖ-Bezirksgeschäftsstelle in Vöcklabruck, Oberösterreich, wurde eine Rohrbombe gefunden. Die APA meldet am 26. April 2007, dass in Vöcklabruck ein rohrbombenähnlicher Gegenstand gefunden wurde. Nicht berichtet wurde, dass dieser Gegenstand genau vor der FPÖ-Bezirksgeschäftsstelle in Vöcklabruck aufgefunden wurde.

Zwar erging eine Information der Sicherheitsbehörden über den Fund an die APA und auch an eine Tageszeitung, diese wurden aber nicht darüber informiert, dass der Gegenstand vor der FPÖ-Bezirksgeschäftsstelle gefunden wurde. Eine offizielle Information von Seiten der Sicherheitsdirektion über diesen Vorfall erging weder an den FPÖ-Landesparteiobmann noch an den FPÖ-Bezirksparteiobmann noch an den FPÖ-Landesgeschäftsführer oder sonst an einen Repräsentanten der Freiheitlichen Partei Österreichs um notwendige Schutzmaßnahmen einzuleiten. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es sich hierbei um eine Vertuschungsaktion gehandelt hat. Oder wie soll man sich sonst die totale Nachrichtensperre über diesen versuchten Bombenanschlag auf ein FPÖ-Parteilokal erklären?

Man stelle sich vor, das Zielobjekt des Anschlages wäre der Sitz einer karitativen Organisation, ein Treffpunkt einer Religionsgemeinschaft oder gar ein Büro einer anderen Partei gewesen, nicht auszudenken, welche Schritte in Hinblick auf Informationsweitergabe und Aufklärungswut unter Einbeziehung der Öffentlichkeit gesetzt worden wären. Selbstverständlich wäre sofort der zuständige Bundesminister informiert, die Situation in einer Lagebesprechung mit einschlägigen Experten diskutiert und die betroffene Parteispitze von diesem persönlich informiert worden. Die zuständigen Organe des Amtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung wären angewiesen worden, fieberhaft zu ermitteln.

Wenn allerdings vor einem FPÖ-Parteilokal eine Rohrbombe gefunden wird, bequemen sich die Sicherheitsbehörden nicht einmal, zum Telefonhörer zu greifen. So war es nicht einmal sicherheitspolitisch möglich, die einfachsten Schutz- oder Informationsmaßnahmen gegenüber den Betroffenen des vereitelten Bombenattentates einzuleiten. Hier hat der Ressortverantwortliche, Bundesminister Platter, zweifellos versagt.

Auf Grund der besorgniserregenden Entwicklung der Kriminalität und der absolut, durch das vorliegende Doppelbudget abermals bestätigten, verfehlten Sicherheitspolitik sowie des untragbaren verantwortungslosen Verhaltens des Bundesministers Platter stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Inneres wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

